

# Zwangsticket für Bus und Bahn

**NAHVERKEHR** Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund braucht Millionen. Die Lösung könnte eine Bürgerkarte sein. Oder man bittet Anwohner direkt zur Kasse.

VON RALF BÖHME

LEIPZIG/HALLE/MZ - Muss bald jeder für Bus und Bahn bezahlen - unabhängig davon, ob er damit fährt oder nicht? Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund (MDV) sucht dringend nach neuen und ungewöhnlichen Wegen, um an Geld für den Nahverkehr im Großraum Halle-Leipzig zukommen. Gutachter haben dazu sechs Ideen durchgerechnet, die zusätzliche Millionen in die Kasse des MDV spülen sollen. Die Gutachten seien jetzt an die Landräte und Oberbürgermeister im MDV-Gebiet übergeben worden, sagte MDV-Geschäftsführer Steffen Lehmann. Die Politik solle im Laufe des nächsten Jahres prüfen, ob und wie sie entweder das ganze Paket oder einzelne Teile daraus umsetzen kann und will.

Zu den Vorschlägen gehört das Projekt eines Bürgertickets, in Halle zu 24 bis 32 Euro monatlich. Kaufen sollen es alle Einwohner zwischen 20 und 75 Jahren, auch wenn sie es nicht nutzen. Bereits

vor zwei Jahren erhitze diese Idee die Gemüter, allerdings ohne Mehrheiten zu finden. Auch die MZ-Leser hatten sich damals in einer Umfrage dagegen ausgesprochen.

Neu im Topf der Angebote ist dagegen eine Beteiligung von Grundstückseigentümern an den ÖPNV-Kosten. Danach könnten letztlich alle, die direkt an einer Straßenbahnstrecke oder Buslinie wohnen, an den Kosten für den Erhalt der Gleise oder die Anschaffung von Fahrzeugen beteiligt werden. Das erinnert an Straßenausbaubeiträge, ist aber rechtlich umstritten. Ähnlich sieht es beim gleichfalls angedachten Arbeitgeberbeitrag aus. Für ein Gewerbegebiet in Halle würde das beispielsweise bedeuten, dass dort angesiedelte Unternehmen pro Be-

schäftigten bis zu 78 Euro im Jahr zahlen müssten. Auch eine Erhöhung der Grundsteuer um mehr als ein Prozent ist mit den Gutachten nun in der Diskussion. Die Mehreinnahmen sollen dem Nahverkehr zugute kommen, genau so wie eine ÖPNV-Abgabe für Touristen. Die

Neuorganisation des Angebots in einzelnen Regionen, heißt es weiter, müsse anteilig über die Einwohner mitfinanziert werden. „Die aufgezeigten Wege sind alle nicht sofort umsetz-

„Das ist die Grundlage für eine politische Diskussion.“



FOTO: DPA

Steffen Lehmann  
Geschäftsführer MDV

bar. Aber sie bilden eine Grundlage für politische Diskussionen“, so Lehmann. 200 000 Euro kosteten die Gutachten.

Nach Angaben des MDV-Geschäftsführers steigen die Kosten für den Nahverkehr kontinuierlich. Werde für 2020 ein jährlicher Auf-

wand von 646 Millionen Euro erwartet, seien dies 2025 schon 749 Millionen Euro. Fahrpreiserhöhungen allein würden den Bedarf nicht decken. Ohnehin haben die Nahverkehrsunternehmen in der Vergangenheit jährlich die Ticketpreise erhöht, laut MDV jeweils zwischen 2,5 und 4,5 Prozent. Auch im nächsten Jahr dürfte es kaum anders kommen. „Im Moment sind wir noch nicht bei einer anderen Lösung“, sagte Lehmann.

Zum MDV gehören die Städte Leipzig und Halle sowie die Kreise Nordsachsen, Leipzig, der Saalekreis, der Burgenlandkreis sowie der Landkreis Altenburger Land. Jährlich nutzen laut Lehmann 228 Millionen Fahrgäste die Busse und Bahnen im Verbundgebiet.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne hielten sich Kommunalpolitiker aus der Region zunächst bedeckt. Man wolle die Gutachten eingehend prüfen, hieß es in Städten wie Halle. Auch in den Landkreisen herrschte erst einmal Funkstille. *Kommentar Seite 4*

7 Ba VS 09.02.17

7. Vg. nächster Bau A

## Absage an ein MVB-Bürgerticket

Altstadt (rs) • Die Einführung eines Bürger- oder Zwangstickets für den öffentlichen Personennahverkehr in Magdeburg ist nicht vorgesehen. Das sagte Finanzbeigeordneter Klaus Zimmermann (CDU) auf eine Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion.

Deren Vorsitzender Falko Grube hatte Bezug zu einer Diskussion im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (Halle/Leipzig) genommen. Dort hatte ein Gutachten zur Finanzierung unter anderem auch ein Bürgerticket ins Gespräch gebracht, das jeder Einwohner unabhängig von der Nutzung von Bus und Bahn zahle.

Zimmermann sagte, die vom dortigen Verkehrsverbund untersuchten Finanzierungswege stellten Neuland dar und seien teilweise rechtlich umstritten.

Das Gesetz schreibe vor, dass der Nahverkehr durch Fahrgelderlöse, Zuschüsse des Landes und der Stadt finanziert werde. Daran halte man sich und stelle keine Überlegungen über die Einführung eines Zwangstickets für Bus und Bahn an.